Zunächst teilte der Ausschussvorsitzende mit, dass der Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung in seiner Sitzung eine entsprechende Beschlussempfehlung gefasst habe und der Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss den Bericht der Verwaltung sowie die Empfehlung des Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung zur Kenntnis nehmen sollen.

Herr Gleß teilte mit, dass mit der Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Bildung und Weiterbildung abgesprochen sei, dass der Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss das Beratungsergebnis zur Kenntnis erhalten. Daher sei auch keine gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse einberufen worden, zumal die Arbeitsgruppe „Baumaßnahmen an Schulen“ sich ebenfalls vor der Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Weiterbildung intensiv mit dieser Vorlage befasst habe. In dieser Arbeitsgruppe sollen die strategischen Entscheidungen getroffen werden. Ferner verwies Herr Gleß auf die vor der Sitzung verteilte Tischvorlage (Auszug aus der Niederschrift des Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung vom 13.11.2012). Hierzu teilte er mit, dass der dort gefasste Beschluss um einen Punkt erweitert worden sei. Hinzu gekommen ist folgender neuer Absatz 3:

„Die durchgängige Barrierefreiheit, ein besseres Raumangebot für das Kollegium, die Nutzung des Kellerraumes als Kleinkunstbühne, die Zahl der Differenzierungsräume und weitere Anregungen der Gesamtschule sind zu prüfen, mit dem Ziel, diese zu realisieren.“

Des Weiteren führte Herr Gleß bezüglich der zur Verfügung stehenden bzw. in Zukunft noch bereitzustellenden Haushaltsmittel aus, dass diese seitens der Kämmerei nur in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde entsprechend bereitgestellt werden können, da immer die Einhaltung der Kreditobergrenze gewährleistet werden muss. Bezüglich der Nachfrage des Ausschussvorsitzenden zu den zusätzlichen finanziellen Mittel, teilte Herr Gleß mit, dass diese im Zuge eines Nachtragshaushaltes 2013 bzw. im Haushalt 2014 im Rahmen der dann anstehenden Haushaltsberatungen unter Einbeziehung aller anstehenden schulischen Baumaßnahmen (u.a. Sanierung RSG) entsprechend berücksichtigt werden müssten.

Dann nahm der Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss den nachfolgend aufgeführten und erweiterten Beschlussvorschlag zur Kenntnis: